

## **Ordentlicher Landeskongress 30.1.2000 Rümelingen**

### **Tagespolitische Resolution :**

#### **Gegen politischen Leerlauf und falsche Entscheidungen.**

Nach den 99er Legislativwahlen trat die CSV/DP-Koalition mit dem Anspruch an, einen neuen Regierungsstil im Dialog mit dem Bürger durchzusetzen. Allerdings ist auch Monate nach den Wahlen von der politischen Grundorientierung beziehungsweise Vision dieser rechtsliberalen Regierung noch keine Spur zu erkennen.

Vielmehr tritt das Fehlen einer gemeinsamen politischen Basis immer offener zutage: Zu viele Unvereinbarkeiten bestehen zwischen dem christlich-sozialen Festhalten am « Acquis » der vergangenen 15 Jahre und dem Verrat der DP bezüglich ihrer hochtrabenden Wahlversprechen (siehe Abschaffung der Pensionsreform im öffentlichen Dienst, praktische Umsetzung der Pflegeversicherung, Abänderung der Polizeireform, usw).

Der aktuelle parlamentarische Leerlauf ist beredter Zeuge dafür, dass die neue Regierungsmehrheit schon ausser Tritt gerät, ehe sie richtig gestartet ist. Der angekündigte Aufbruch auf allen Ebenen macht immer mehr einer gähnenden politischen Leere Platz.

Die LSAP kritisiert zudem vehement, dass die wenigen Entscheidungen, die bislang von der neuen Regierung getroffen wurden, fast allesamt in die falsche Richtung zielen :

- das verhängte Moratorium in Sachen Spitalplan stellt einen parteipolitisch niederträchtigen Winkelzug dar und führt lediglich zu einer unannehmbaren Verzögerung der Modernisierung unserer medizinischen Versorgungsstrukturen, zur unverantwortlichen Vergeudung von Millionen von Steuergeldern sowie zu einer übertriebenen Rationalisierung und Privatisierung im Gesundheitsbereich, sollten die unausgegorenen Regierungspläne hinsichtlich der Restrukturierung unseres Spitalwesens (Modell Vorarlberg) zur Anwendung gelangen ;
- die unheilige Allianz zwischen der Rechtskoalition und dem Patronat, welche zur Bekämpfung des Krankenkassendefizits ausschliesslich Massnahmen gegen die Versicherten ergriff, zeigt eindrucksvoll auf, dass die neue Regierung das klare Ziel verfolgt, unsere bewährten Sozialversicherungssysteme einer schleichenden Aushöhlung preiszugeben ;
- der bedauerliche Fehltritt der CSV/DP-Regierung in Sachen Flüchtlingsausweisungen offenbarte den massiven Rechtsruck innerhalb der neuen Regierungsmehrheit, welcher in krassem Gegensatz zur traditionell humanen und stets um einvernehmlichen Ausgleich bemühten Luxemburger Regierungspolitik steht ;
- das verkappte Moratorium hinsichtlich der Escher Rockhalle und das Aussitzen des BTB-Projekts bezeugen den eklatanten Mangel an Entscheidungsfreude bei progressiven Themen wie der Zukunft der Industriebrachen oder auch dem nachhaltigen Aufbau eines in sich kohärenten, mehrdimensionalen Verkehrskonzepts ;

- die unverständlichen handwerklichen Fehler, welche der CSV/DP-Koalition bei der Bildung der neuen Regierung sowie bei der Aufteilung der Ministerialressorts unterlaufen sind, haben zu einem unverhältnismässigen Anstieg des administrativen Aufwands und zu einer teilweisen Zerschlagung bewährter Ministerien (wie z.B. Umweltministerium) geführt.

Die wenigen Beispiele verdeutlichen mehr als ausreichend, dass die LSAP als stärkste Oppositionspartei ihrer Verantwortung gerecht werden muss, die Schwachstellen der neuen rechtsliberalen Regierungspolitik schonungslos aufzuzeigen und anhand von konstruktiven Gegenvorschlägen den Beweis zu liefern, dass mit ihrer Beteiligung ein « besseres Regieren » gewährleistet wäre.

Alle nationalen und kommunalen Mandatsträger der LSAP werden sich in den nächsten Wochen und Monaten in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Verbänden, Gewerkschaften und Vereinigungen stark machen :

- für die Wahrung des sensiblen Gleichgewichts zwischen erwünschter Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung und notwendiger Arbeitszeitverkürzung, indem den wirtschaftsliberalen Tendenzen einzelner Patronatsgruppen politischer Einhalt geboten wird ;
- für einen sozialgerechten Umbau unseres wohlfahrtstaatlichen Systems, welcher bestehende Rechte der Schaffenden, Arbeitslosen, Familien und Minderbemittelten achtet ;
- für die Herbeiführung von Verbesserungen der Rentenleistungen im Privatsektor und gegen die Verweigerungsstrategie der Regierung in diesem Bereich ;
- für eine langfristig abgesicherte, mit dem wirtschaftlichen Wachstum Schritt haltende Finanzkraft der Gemeinden, indem gegen eine einseitige Abschaffung der kommunalen Gewerbesteuer erbitterter Widerstand geleistet wird ;
- für den Erhalt des öffentlichen Dienstes und gegen die Zerschlagung respektive Privatisierung bewährter öffentlicher Unternehmen, wie z.B. CFL-Busdienst, Post.

Desweiteren bedauert die LSAP ausdrücklich die jüngsten Entwicklungen in Österreich und kritisiert entscheidend die Haltung der ÖVP in dieser Frage. Die Sozialisten fordern die luxemburger Regierung auf, die neue ÖVP-FPÖ Regierung zu boykottieren.

**Angenommen auf dem ordentlichen Landeskongress vom 30. Januar 2000 in Rümelingen**